



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 14.03.2019**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:03 Uhr bis 19:15 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder:

Andreas Scholtyssek	Ausschussvorsitzender, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreterin für Herrn Bernstiel
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme ab 17:21 Uhr
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme ab 17:36 Uhr
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vertreterin für Herrn Aldag
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER
Gernot Nette	AfD Stadtratsfraktion Halle
Torsten Hahnel	Sachkundiger Einwohner
Lars Juister	Sachkundiger Einwohner
Hans-Jürgen Krause	Sachkundiger Einwohner
Burkhard Lothholz	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 18:35 Uhr
Franziska Meusel	Sachkundige Einwohnerin
Werner Misch	Sachkundiger Einwohner
Andreas Müller	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung:

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Kerstin Ruhl-Herpertz	Leiterin Fachbereich Umwelt
Tobias Teschner	Leiter Fachbereich Sicherheit
Dörthe Riedel	Referentin Geschäftsbereich für Stadtentwicklung und Umwelt
Manuela Hoßbach	Controllerin Geschäftsbereich des Oberbürger- meisters
Daniel Zwick	Leiter Dienstleistungszentrum Klimaschutz
Dirk Scherlies	Leiter Abteilung Objektbetreuung
Sarah Lange	Stellvertretende Protokollführerin

Gäste:

Ingolf Hahn	Sachkundiger
-------------	--------------

Entschuldigt fehlten:

Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Stefan Schulz	Sachkundiger Einwohner

zu **Einwohnerfragestunde**

Es gab keine Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von **Herrn Scholtyssek** eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Es gab keine Anmerkungen, sodass **Herr Scholtyssek** um Abstimmung der Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 14.02.2019
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Anpassungsmaßnahmen an geänderte Klimabedingungen
Vorlage: VI/2018/04378
 - 5.2. Antrag der Fraktionen DIE LINKE; SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Waldbeirat
Vorlage: VI/2018/04550
 - 5.3. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erweiterung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Begrünung von Fassaden in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04762
 - 5.4. Antrag der AfD Fraktion auf Erstellung einer Konzeption zur Begrenzung des Ausländeranteils in den Stadtvierteln von Halle und der Verhinderung des Entstehens von Parallelgesellschaften.
Vorlage: VI/2019/04775

6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Anfrage der Stadträtin Marion Krischok zu Spielhallen
Vorlage: VI/2019/04923
7. Mitteilungen
- 7.1. Baumfällliste
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 8.1. Herr Koehn zur Vermüllung im Bereich des Lehmannsfelsens und der Böschung am Riveufer
- 8.2. Frau Krischok zu Bienengärten
- 8.3. Frau Winkler zu Gehwegsanierungen
- 8.4. Herr Koehn zu Falschfahrerinnen und Falschfahrern in der Geiststraße
- 8.5. Herr Koehn zu Baumfällungen
- 8.6. Frau Krischok zu Toilettenanlage in der Fährstraße
9. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 14.02.2019

Herr Müller sagte, dass seine Aussage (Seite 7, zweiter Halbsatz) zur Marktsatzung falsch wiedergegeben wurde.

Die Ausschussmitglieder einigten sich auf Streichung des zweiten Halbsatzes („...sowie für die Wiedereinführung von Gemüsedörfern...“) von Herrn Müller.

Es gab keine weiteren Einwendungen, sodass die geänderte öffentliche Niederschrift durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Anpassungsmaßnahmen an geänderte Klimabedingungen Vorlage: VI/2018/04378

Frau Dr. Brock brachte den geänderten Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Zwick sagte, dass 2018 sieben Fachworkshops zur Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes stattgefunden haben. Das Klimaschutzkonzept enthält Maßnahmen, die kurz-, mittel- und langfristig umgesetzt werden. In der Fortschreibung rücken die Klimaanpassungsmaßnahmen verstärkt in den Fokus und jede Fraktion wurde eingeladen, um mitzudiskutieren, Vorschläge einzubringen und die Maßnahmen zu begleiten und zu verändern.

Derzeit wird ein Hochwasserschutzkonzept erarbeitet, welches auch eine Reaktion auf die Klimafolgen ist. Es gibt aktuelle Entwicklungen, mit denen sich die Verwaltung fortlaufend im Kontext der Klimaanpassung auseinandersetzt. Ein zusätzlicher Anreiz für Bürgerinnen und Bürger wurde durch die Förderung der Fassadenbegrünung geschaffen. Die Verwaltung stimmt dem modifizierten Antrag zu.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand ergänzte, dass der Inhalt des Antrages bereits umgesetzt wird.

Frau Dr. Brock sagte, dass der Antrag bereits im September eingebracht wurde.

Frau Dr. Wünscher stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Erledigung im Ausschuss.

Frau Dr. Brock sagte, dass noch kein Konzept vorgelegt wurde und bat daher um Abstimmung des Antrages.

Herr Zwick sagte, dass sich der modifizierte Antrag in den Tatbestandsteilen massiv unterscheidet und sich durch das Einbringen des Klimaschutzkonzeptes erledigen wird. Die Einbringung erfolgt zeitnah und daher kann dem Antrag zugestimmt werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Scholtyssek** um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf Erledigung bat.

<u>Abstimmungsergebnis GO-Antrag sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:</u>	mehrheitlich abgelehnt
<u>Abstimmungsergebnis GO-Antrag Stadträtinnen und Stadträte:</u>	mehrheitlich zugestimmt

zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Anpassungsmaßnahmen an geänderte Klimabedingungen
Vorlage: VI/2018/04378

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum ~~März~~ **Juni** 2019 dem Stadtrat Maßnahmen vorzulegen, die in den kommunal relevanten Handlungsfeldern (Gesundheit, Waldbewirtschaftung, Biodiversität, Natur- und Artenschutz, Stadt- und Landschaftsplanung, Bauwesen und Immobilien, Verkehr und Mobilität usw.) die Stadt widerstandsfähiger gegen die negativen Auswirkungen des Klimawandels (Trockenheit, Hitze, Starkregen) machen.
- ~~2. Als erste konkrete Maßnahme im Sinne von Beschlusspunkt 1 pflanzt die Stadt Halle ab dem Jahr 2019 außerhalb von Projekten der grundhaften Straßensanierung und außerhalb von ohnehin vorzunehmenden Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen an geeigneten Standorten und vorrangig in bisher baumfreien Straßen im Stadtgebiet jährlich mindestens 100 neue Stadtbäume.~~

zu 5.2 Antrag der Fraktionen DIE LINKE; SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Waldbeirat
Vorlage: VI/2018/04550

In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurde für Herrn Hahn das Rederecht erteilt.

Frau Krischok brachte den Antrag ein und bat Herrn Hahn um weitere Ausführung.

Herr Hahn informierte anhand einer Präsentation über die Bewirtschaftung des Stadtwaldes Halle.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Frau Ruhl-Herpertz sagte, dass die Stadt in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Revierförster das Ziel hat, die kommunalen Wälder nachhaltig zu bewirtschaften. Des Weiteren sagte sie, dass sich die gezeigten Statistiken nur auf den Stadtwald beziehen. Der kommunale Wald besteht nicht nur aus der Dölauer Heide und die Statistik differenziert nicht im Detail nach den Erholungs- und den Naturschutzfunktionen. Wesentliche Teile der Dölauer Heide sind sowohl Landschafts- als auch Naturschutzgebiete. Demzufolge kann eine Statistik nicht komplett über die Dölauer Heide gezogen werden.

Sie bedauerte, dass das Gesprächsangebot des Fachbereiches Umwelt von Herrn Hahn nicht wahrgenommen wurde. So hätte im Vorfeld des Ausschusses eine fachliche Diskussion stattfinden können. Weiterhin sagte sie, dass nicht zu erkennen ist, wie ein Waldbeirat die gezeigten Defizite lösen kann.

Herr Hahn sagte, dass sich seine Aussagen nicht nur auf die Dölauer Heide bezogen haben und er zu einem Gespräch jederzeit bereit ist.

Herr Misch fragte, ob Herr Hahn den Erneuerungsbedarf auch bei Straßenbäumen sieht und wie alt eine Linde als Straßenbaum im Durchschnitt wird.

Herr Hahn antwortete, dass es nicht sein Fachgebiet ist und er daher keine Antwort geben kann.

Frau Dr. Brock sagte, dass durch die Gründung des Waldbeirates der Disput vertieft werden kann und dass geprüft werden soll, ob eine eigene städtische Forstverwaltung sinnvoller wäre. In der Kompetenz der Forstwirtschaft soll eine Abwägung erfolgen. Leipzig ist dafür ein gutes Beispiel. Sie bat um Abstimmung des Antrages.

Herr Doege sagte, dass es schwer ist, einen Zusammenhang zwischen dem Sachvortrag und dem Waldbeirat herzustellen. Er sagte, dass es wichtig ist, vorab zu klären, welche Aufgaben dieser Beirat erfüllen soll und aus welchen Mitgliedern sich dieser zusammensetzt. Des Weiteren fragte er, wie ein Waldbeirat tätig sein soll, um die Ziele aus forstwirtschaftlicher Sicht zu erreichen.

Frau Ruhl-Herpertz fragte, wo das eigenständige Aufgabengebiet des Waldbeirates liegen soll, das es rechtfertigt, ein zusätzliches Gremium zu unterhalten.

Herr Müller sagte, dass es in Halle Erholungsgebiete gibt, die bewirtschaftet werden müssen, damit diese sich ordnungsgemäß und nachhaltig entwickeln können. Erholungswälder sind von Menschen geschaffene Gebiete. Des Weiteren sagte er, dass die Expertise kein Naturschutzbeirat leisten kann.

Frau Ruhl-Herpertz sagte, dass man sich in einem persönlichen Gespräch austauschen wollte und betonte, dass das Gesprächsangebot weiterhin besteht.

Des Weiteren bedauerte sie, dass an dieser Stelle behauptet wird, dass die Stadt Halle nicht forstfachlich korrekt und nachhaltig wirtschaftet. Sie wies die Behauptungen zurück.

Herr Hahn sagte, dass in sieben Jahren 75 Hektar nicht aufgeforstet worden sind. Weiterhin bezog er sich auf seine Präsentation und die auf Seite 12 offenen Fragen sowie die nach seiner Meinung nicht nachhaltige Forstwirtschaft. Er ergänzte, dass der Waldbeirat ein beratendes Gremium sei, welches die Verwaltung und die Forstingenieure berät.

Frau Ruhl-Herpertz sagte, dass sich der Antrag nach ihrer Meinung ausschließlich auf die Dölauer Heide bezieht. Bezüglich einer eigenen Forstverwaltung sagte sie, dass das zitierte Leipzig eine doppelt so hohe Einwohnerzahl vorweist und über ein doppelt so hohes Gesamtbudget verfügt. Die Waldflächen in Leipzig betragen ca. 2400 Hektar und in Halle circa 1800 Hektar und sind damit nicht vergleichbar.

Herr Dr. Fikentscher sagte, wenn die Gesamtschäden so hoch sind, kann ein Beirat das nicht lösen und beantragte eine Vertagung des Antrages.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass eine Vertagung den Vorteil hätte, mit der Verwaltung ins Gespräch zu kommen.

Frau Dr. Brock sagte, dass der Antrag konkretisiert werden muss.

Herr Nette fragte, ob sich der Stadtwald für einen kommerziellen Forstbetrieb eignet.

Herr Hahn verneinte dies.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand schlug vor, dass mit Hilfe der Expertise von Herrn Hahn ein eigener Vorschlag von den Fraktionen eingereicht werden kann.

Herr Hahn sagte, dass er der Stadtverwaltung bereits vor zwei Jahren Analysen überreicht hat.

Herr Scholtyssek sagte, dass es jetzt das konkrete Gesprächsangebot zum Austausch gibt.

Frau Dr. Wünscher sagte, dass die Diskussion bereits im Stadtentwicklungsausschuss stattgefunden hat.

Herr Scholtyssek bat um eine schriftliche Aufbereitung der Verwaltung zu den heute genannten Argumenten von Herrn Hahn und den Ausschussmitgliedern.

Die Antragsteller verständigten sich auf eine Vertagung des Antrages.

**zu 5.2 Antrag der Fraktionen DIE LINKE; SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum
Waldbeirat
Vorlage: VI/2018/04550**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt einen Waldbeirat zu gründen. Dem Beirat sollen interessierte Einwohner*innen und Expert*innen angehören. Im Waldbeirat sollen bedeutende Waldbewirtschaftungsmaßnahmen vorgestellt und beraten werden.
2. Der Waldbeirat soll bereits in die periodische Planung 2020 bis 2029 einbezogen werden.
3. Im Jahr 2025 soll eine Zwischenrevision den Stand der Abarbeitung der periodischen Planung feststellen und bewerten. Dem Stadtrat sowie dem Waldbeirat wird hierzu Bericht erstattet.
4. Die Abrechnung der auslaufenden periodischen Planung wird der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und dem Stadtrat sowie dem Waldbeirat darüber Bericht erstattet. Darin inbegriffen ist der Einsatz der eingesetzten finanziellen Mittel, des erwirtschafteten Deckungsbeitragen sowie eine Darstellung der geplanten und erreichten Ziele der Waldbewirtschaftung und des Waldumbaus mit heimischen Baumarten.
5. Die folgenden periodischen Planungen werden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und dem Stadtrat sowie dem Waldbeirat vorgestellt. Gleiches erfolgt mit den Jahresplänen und deren Abrechnung.
6. Die Stadtverwaltung prüft, in wie weit in den zukünftigen periodischen Planungen Aussagen über erforderlichen finanziellen Mittel und die zu erzielenden Deckungsbeiträge sowie des Waldumbaus mit einheimischen Arten getroffen werden können.
7. Die Stadtverwaltung stellt sicher, dass die aktive öffentliche Kommunikation zur Waldbewirtschaftung (z.B. Baustellenkommunikation, Schülergruppen) erfolgt.
8. Die Stadtverwaltung prüft, ob die umfassenden Aufgaben der Waldbewirtschaftung durch eine stadtteigene Forstverwaltung erledigt werden sollten. Dabei sollen die Er-

fahrungen der Städte mit eigener Forstverwaltung (z.B. Leipzig) einbezogen und die eigene forstfachliche Kompetenz eingeschätzt werden. Dem Stadtrat soll bis zum 2. Quartal 2019 eine Abwägung vorgelegt werden.

**zu 5.3 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erweiterung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Begrünung von Fassaden in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04762**

Herr Koehn brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Frau Dr. Brock befürwortete den Antrag.

Herr Rebenstorf bat darum, dass die zu ändernden Passagen in der Richtlinie im Detail benannt werden.

Herr Koehn sagte, dass dies Aufgabe der Verwaltung ist.

Herr Doege sagte, dass eine Erweiterung der Richtlinie haushaltsrelevant ist. Er fragte, wie dies finanziert werden soll.

Frau Dr. Brock antwortete, dass das Budget noch nicht ausgereizt ist.

Herr Koehn sagte, dass der Anstoß durch den Antrag gegeben werden soll.

Herr Rebenstorf sagte, dass kein Deckungsvorschlag unterbreitet wurde.

Frau Winkler sagte, dass die aufgeführten Dächer nur die Flachdächer betreffen können.

Herr Rebenstorf sagte, dass auch ein Flachdach mit Begrünung geplant werden muss.

Herr Koehn sagte, dass die Fertigteilgaragen für Grünflächen ausgelegt sind. Das wäre ein Anfang, um die Hitzeinseln zu verringern.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Scholtyssek** um Abstimmung des Antrages bat.

**zu 5.3 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erweiterung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Begrünung von Fassaden in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04762**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Begrünung von Fassaden in der Stadt Halle (Saale) um die Fördergegenstände „Begrünung von Dächern“ und „Begrünung und Entsiegelung von Höfen“ zu erweitern und die Richtlinie in allen Punkten bei Notwendigkeit entsprechend anzupassen.
2. Der dieser Richtlinie zugrunde liegende Haushaltsansatz soll entsprechend höher unterlegt werden.
3. Die Änderungen sollen zum 1.1.2020 in Kraft treten.
4. Um den Bekanntheitsgrad der Richtlinie zu erhöhen, wird angeregt, neben der Bekanntmachung im Amtsblatt weitere öffentlichkeitwirksame Maßnahmen (Homepage, soziale Medien, Printmedien) durchzuführen.

**zu 5.4 Antrag der AfD Fraktion auf Erstellung einer Konzeption zur Begrenzung des Ausländeranteils in den Stadtvierteln von Halle und der Verhinderung des Entstehens von Parallelgesellschaften.
Vorlage: VI/2019/04775**

Herr Nette brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Dr. Fikentscher befürwortete die Stellungnahme der Verwaltung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Scholtyssek** um Abstimmung des Antrages bat.

**zu 5.4 Antrag der AfD Fraktion auf Erstellung einer Konzeption zur Begrenzung des Ausländeranteils in den Stadtvierteln von Halle und der Verhinderung des Entstehens von Parallelgesellschaften.
Vorlage: VI/2019/04775**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig abgelehnt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert dem Stadtrat von Halle bis zum 31.05.2019 eine Konzeption vorzulegen, die der weiteren Bevölkerungsveränderung in Halle-Neustadt, die erheblich zu Lasten der einheimischen deutschen Bevölkerung geht, wirksam begegnet.

In dieser Konzeption sollen Strategien erarbeitet werden, die dauerhaft dafür sorgen, dass die Konzentration von Ausländern in bestimmten Vierteln verhindert und auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt wird. Dieses vernünftige Maß soll allen zu erwartenden gesellschaftlichen Problemen auf allen Ebenen Rechnung tragen und in der zu erarbeitenden Konzeption konkret festgelegt werden.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Anfrage der Stadträtin Marion Krischok zu Spielhallen Vorlage: VI/2019/04923

Frau Krischok fragte, warum keine Antwort vorliegt.

Herr Teschner teilte mit, dass es noch internen Klärungsbedarf gibt und die Antwort den Ausschussmitgliedern morgen zugeht.

Frau Krischok drückte ihren Unmut darüber aus, dass keine Antwort der Verwaltung vorliegt.

Herr Scholtyssek fragte, wann die Frage eingereicht wurde.

Frau Krischok antwortete, dass diese drei Wochen vor der Ausschusssitzung eingereicht wurde.

Herr Scholtyssek fragte nach einer Begründung für das Nichtvorliegen.

Herr Teschner antwortete, dass die Antwort noch bearbeitet wird und bat um Entschuldigung.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Baumfällliste

Anmerkung: Die Liste ist in Session hinterlegt.

Frau Dr. Brock fragte, warum nur fünf Ersatzpflanzungen für sechs gefälltte Bäume erfolgen.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass nur fünf Ersatzpflanzungen aufgrund von Dichtstand erfolgen. Die Bäume konnten kein eigenes ausgeprägtes Kronenvolumen ausbilden.

Sie ergänzte, dass künftig der aktuelle Sachstand zur Baumfällliste im Ausschuss vorgetragen wird:

- Zur Zeile 62 gibt es einen Bescheid vom 20.02.2019. Das heißt, von den sechs zur Fällung beantragten Bäumen sind sechs genehmigt worden. Geforderte Ersatzpflanzungen: 9.
- Zum Vorhaben 265 gibt es einen Bescheid. Das heißt, von den 20 zur Fällung beantragten Bäumen sind 20 genehmigt worden. Geforderte Ersatzpflanzungen: 20.
- Für ein privates Vorhaben in der Wilhelm-Busch-Straße/Dessauer Straße mit Bescheid vom 25.02.2019 wurden 39 Bäume zur Fällung beantragt, wovon 22 genehmigt worden. Geforderte Ersatzpflanzungen: 16 (Minderersatzpflanzungen aufgrund von Dichtstand)

Herr Koehn sagte, dass im Januar in der Kurt-Freund-Straße Bäume gefällt wurden. Er fragte, warum die Fällungen nicht in der Liste aufgeführt sind.

Herr Rebenstorf antwortete, dass es sich um nicht genehmigungspflichtige Bäume handelte.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Information zu einer Anfrage von Herrn Aldag zu Baumfällungen

Auf Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) wurde ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Rebenstorf

Sie müssen es auch gesehen haben, wir haben es auch in Session eingestellt. Es ist eine Beschlusskontrolle. Anfrage vom Stadtrat Herr Aldag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ersatzpflanzung am Südpark. Ich lese die Anfrage nochmal durch und anschließend nochmal unsere Antwort:

Herr Aldag nahm Bezug auf die erhaltene Antwort zu den Ersatzpflanzungen im Südpark. Er teilte mit, dass in einer Antwort vom Landtag die Aussage getätigt wurde, dass die Anordnung der Ersatzpflanzungen gemäß § 17 Abs. 6 Bundesnaturschutzgesetz durch den Präsidenten des Landesverwaltungsamtes gegenüber der Stadt Halle vom Juni 2015 folgende Maßgaben erhielt: Für die Pflanzungen ist für die Stadt Halle eine 5-jährige Anwuchs- und Entwicklungspflege gemäß den Empfehlungen der Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung- und Landschaftsbau e. V. sicherzustellen. Die Aufforstung ist durch die Stadt Halle dauerhaft zu erhalten. Daraus ergibt sich die Verpflichtung der Stadt Halle, die Anpflanzungen dauerhaft zu erhalten und bei Teil- oder Totalausfall zu ersetzen. Er sagte, dass sich diese Aussage mit der Antwort der Stadtverwaltung Halle widerspricht.

Darauf unsere Antwort der Verwaltung:

Auf Nachfrage des Stadtrates Wolfgang Aldag hat die Verwaltung in den vergangenen Monaten mehrfach zum Sachverhalt informiert – sowohl in den Ausschüssen als auch im Stadtrat. Im Rahmen einer Akteneinsicht konnten die Stadträte zudem den vollständigen Schriftverkehr mit dem Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt einsehen. Eine o. g. Anordnung lag nicht vor und war demnach auch nicht Bestandteil der Akte.

Warum Herr Aldag parallel eine Anfrage im Landtag gestellt hat, ist daher unklar. Die Stadt Halle (Saale) war in die Beantwortung der Landtagsanfrage zudem nicht eingebunden.

Ungeachtet dessen, hat die Stadt Halle (Saale) am 15. Februar 2019 im Büro des Präsidenten des Landesverwaltungsamtes Sachsen-Anhalt zur Existenz der o. g. Anordnung nachgefragt. Im Ergebnis gibt es das in der Antwort der Landesregierung erwähnte Schreiben vom „Juni 2015“ mit dem zitierten Inhalt an die Stadt Halle (Saale) nicht.

Unabhängig davon führt die Stadt die Anwuchs- und Entwicklungspflege der Fläche durch und wird - wie ebenfalls bereits mehrfach ausgeführt - die Vitalität der Fläche im Frühjahr 2019 kontrollieren und ggf. entsprechende Maßnahmen veranlassen.

Frau Dr. Brock

Also Sie behaupten, dass das, was das Land geantwortet hat, nicht korrekt ist? Das ist jetzt sozusagen der Inhalt Ihrer Antwort?

Herr Müller

Ich möchte nur einen sachlichen Hinweis geben. Die Fläche am Südpark ist nicht eingezäunt und die Verluste, die durch die Dürre erlitten worden sind, ist darauf zurückzuführen, vor allem, dass die Rehe lieber frische Zweige als Heu auf dem Stängel fressen wollen. Es wurde also weggefressen. Wenn diese Aufforstung Erfolg haben soll, rate ich dringend dazu die Fläche einzuzäunen.

Herr Scholtysek

Gut, nehmen wir das mal als Anregung.

Wortprotokoll Ende

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.3 Information zur Bodenkippe Ammendorf

Frau Voigt informierte anhand einer Präsentation.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Frau Dr. Brock fragte, wer die Kosten für die Stilllegungsmaßnahmen trägt.

Frau Voigt antwortete, dass die Maßnahme durch die Papenburg AG finanziert wird.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.4 Information zur Förderrichtlinie Graffiti

Herr Teschner informierte über die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur dauerhaften Beseitigung von Graffiti an baulichen Anlagen.

Anmerkung: Die schriftliche Information ist in Session hinterlegt.

Frau Krischok fragte, in welchem Produkt und in welcher Höhe diese Förderrichtlinie im Haushalt dargestellt ist. Sie gab zu bedenken, dass der Haushalt gesperrt wurde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stellte richtig, dass der Haushalt nicht gesperrt ist. Des Weiteren sagte er, dass zu diskutieren ist, ob und wie eine solche Richtlinie in Betracht kommt. Daher ist sie noch nicht im Haushalt abgebildet.

Herr Misch merkte an, dass das Opfer einer Straftat finanziell gefördert wird, um das Ergebnis der Straftat zu mindern. Er fragte, warum eine Rentnerin nach einem Handtaschendiebstahl nicht finanziell unterstützt wird. Dieser Widerspruch führt seiner Meinung nach zu einer Ablehnung. Die Beseitigungskosten können auf die Mieter umgelegt werden.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Herr Koehn zur Vermüllung im Bereich des Lehmannsfelsens und der Böschung am Riveufer

Herr Koehn stellte eine schriftliche Anfrage zur Vermüllung im Bereich des Lehmannsfelsens und der Böschung am Riveufer:

1. *Ist der Verwaltung das Müllproblem am und unterhalb des Lehmannsfelsen bekannt? (Müll und zerbrochene Glasflaschen in den Büschen bis hin zur Straße am Bootshaus Nr. 5) Wenn ja: Wie häufig und in welchem Umfang hat die Verwaltung die Beseitigung des Mülls in den letzten zwei Jahren vorgenommen?*
2. *Wie häufig waren Ordnungsamt und Polizei am und um den Lehmannsfelsen in den vergangenen zwei Jahren im Einsatz?*
3. *Inwiefern ist gerade in den kommenden Sommermonaten eine Verschärfung des Problems zu erwarten? Und wenn ja: Was unternimmt die Stadtverwaltung, um künftig Vermüllung am Lehmannsfelsen zu unterbinden?*
4. *Inwiefern sind die Kletterrouten, die am unteren Lehmannsfelsen beginnen, von der Vermüllung/den Glasscherben betroffen?*
5. *Wer hat die Schilder „Vorsicht. Personen unterhalb. Keine Gegenstände werfen Lebensgefahr!“ an den Zäunen am oberen Ende des Lehmannsfelsen angebracht?*

Herr Teschner antwortete, dass es sich nicht um ein amtliches Schild handelt. Die Straße unterhalb des Lehmannsfelsens wird wöchentlich und die Grünfläche vierteljährlich gereinigt. Es gab eine zusätzliche Reinigung durch den Kletterverein. Des Weiteren sagte er, dass in den letzten zwei Jahren keine Einsätze dokumentiert wurden.

Frau Ruhl-Herpertz bedankte sich bei der IG Klettern Halle/Löbejün, welche den Felsen beklettert haben und den Müll herausgesammelt haben. 10 große Müllsäcke konnten gefüllt werden.

Herr Scholtyssek bat darum, den Kletterern einen Dank der Ausschussmitglieder auszurichten.

zu 8.2 Frau Krischok zu Bienengärten

Frau Krischok stellte eine schriftliche Anfrage zu Bienengärten:

1. *Auf dem Südfriedhof gibt es derzeit zwei Bienengartenpatenschaften durch eine Friedhofsgärtnerei. (s. Bilder)*
2. *Sieht die Verwaltung Möglichkeiten, weitere Bienengärten entstehen zu lassen. Wenn ja, an welchen Orten?*
3. *In welcher Weise könnte die Stadt das Entstehen von Bienengartenpatenschaften unterstützen?*

Herr Rebenstorf antwortete, dass dies aus einer Anfrage einer Friedhofsgärtnerei resultiert. Die Friedhofsverwaltung hat am Südfriedhof zwei entsprechende Flächen zur Verfügung gestellt. Die Gärtnerei pflanzt die Stauden selbst an und wird diese in den nächsten fünf Jahren pflegen. Weiteren Anfragen steht man positiv gegenüber.

Herr Koehn ergänzte, dass auf dem Nordfriedhof ein solcher Bienengarten entstanden ist.

zu 8.3 Frau Winkler zu Gehwegsanierungen

Frau Winkler stellte eine schriftliche Anfrage zur Prioritätensetzung bei Gehwegsanierungen:

1. *Welche Gehwege beabsichtigt die Stadtverwaltung im Jahr 2019 zu sanieren? Wir bitten um eine Auflistung mit Nennung der geplanten Maßnahmen.*
2. *Auf unsere Anfrage im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten vom 13.09.2018 antwortete die Verwaltung, dass es keine Prioritätenliste für Gehwegsanierungen gäbe. Jedoch verweist die Verwaltung regelmäßig im Rahmen der Bearbeitung von Meldungen auf dem Online-Portal „Sag’s uns einfach“ darauf, dass Wünsche zu Gehwegsanierung in eine Prioritätenliste aufgenommen werden (s.u.). Welche Liste ist hier gemeint? Wir bitten darum, uns diese Liste zur Verfügung zu stellen.*

Herr Rebenstorf teilte mit, dass dies im Online-Portal korrigiert werden muss. Die Bürgeranfragen werden in einer sogenannten Arbeitsliste gesammelt und an die ausführenden Firmen weitergegeben.

zu 8.4 Herr Koehn zu Falschfahrerinnen und Falschfahrern in der Geiststraße

Herr Koehn stellte eine schriftliche Anfrage zu Falschfahrerinnen und Falschfahrern in der Geiststraße:

Vermeehrt beklagen sich Bürgerinnen und Bürger über Falschfahrerinnen und Falschfahrer in der Geiststraße. Diese würde aus dem Moritzburg-, dem Universitätsring oder der Großen Ulrichstraße kommend die Geiststraße entgegen der vorgeschriebenen Fahrtrichtung befahren.

1. *Ist dieser Sachverhalt der Stadtverwaltung bekannt?*
2. *Wenn ja: Wie viele Falschfahrerinnen und Falschfahrer wurden in den letzten Monaten registriert? Und was will die Stadtverwaltung unternehmen, um künftig das Befahren der Geiststraße entgegen der vorgeschriebenen Fahrtrichtung zu unterbinden? Sind häufigere Kontrollen vorgesehen?*

Herr Teschner antwortete, dass der Sachverhalt nicht bekannt ist. Die Überwachung des fließenden Verkehrs obliegt der Polizei. Er sicherte eine Weitergabe an die Polizei zu.

zu 8.5 Herr Koehn zu Baumfällungen

Anmerkung: Diese schriftliche eingereichte Anfrage wurde unter TOP 7.1 beantwortet.

zu 8.6 Frau Krischok zu Toilettenanlage in der Fährstraße

Frau Krischok stellte eine schriftliche Anfrage:

Ist es möglich, die Öffnungszeiten der Toiletten in der Fährstraße und auf der Peißnitz bereits jetzt und nicht erst im Mai länger als bis 16 Uhr zu öffnen? Bereits jetzt wird die Zeit bis zum Einbrechen der Dunkelheit von vielen für Spaziergänge und zur Erholung genutzt.

Herr Scherlies antwortete, dass die öffentliche Toiletten in der Fährstraße ab 18. März 2019 bis 20 Uhr geöffnet haben werden. Die öffentliche Toilette an der Peißnitzbühne wird nur zu Veranstaltungen geöffnet. Er wies darauf hin, dass die öffentlich zugängliche Toilette im Peißnitzhaus bis 18 Uhr geöffnet hat.

zu 8.7 Frau Krischok zur Mängelliste Feuerwehr

Frau Krischok sagte, dass Herr Scholtyssek im November 2018 eine Anfrage zur Mängelliste Feuerwehr gestellt hat. Sie fragte, ob diese an die Ausschussmitglieder versandt werden kann.

Herr Teschner sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.8 Frau Krischok zu einer Akteneinsicht

Frau Krischok sagte, dass in der Stadtratssitzung Januar die Fraktion DIE LINKE die Akteneinsicht Stadtratsdienst beantragte. Sie fragte, wann die Möglichkeit der Akteneinsicht besteht.

Herr Teschner antwortete, dass diese ab sofort zur Einsicht bereitliegen.

zu 8.9 Frau Krischok zum Friedhof Dölau

Frau Krischok sagte, dass der städtische Teil des Friedhofes Dölau an die Kirchengemeinde weitergegeben werden soll. Sie fragte nach dem aktuellen Sachstand.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.10 Frau Krischok zur Ausschusssitzung

Frau Krischok erinnerte an ihre Anregung, dass die Ausschusssitzung in der neuen Leitstelle bzw. in der Nähe tagt. Sie fragte, wann diese Anregung umgesetzt wird.

Herr Teschner antwortete, dass eine Tagung in der Leitstelle nicht möglich ist und auch naheliegende Räumlichkeiten den Platz für eine öffentliche Sitzung nicht bieten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand ergänzte, dass ein Termin zur Besichtigung der Leitstelle angeboten werden kann und alle Ausschussmitglieder herzlich eingeladen sind.

zu 8.11 Frau Krischok zur Grünflächen- und Kleingartenkonzeption

Frau Krischok fragte, wann die Konzeptionen zu Grünflächen und Kleingärten eingebracht werden.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass die Grünflächenkonzeption in der redaktionellen Endabstimmung ist und zeitnah eingebracht wird.

Herr Rebenstorf ergänzte, dass die Kleingartenkonzeption in Bearbeitung ist.

zu 8.12 Frau Dr. Brock zur Förderrichtlinie Umwelt- und Naturschutz

Frau Dr. Brock fragte, wann die Förderrichtlinie zum Umwelt- und Naturschutz umgesetzt wird.

Herr Rebenstorf antwortete, dass eine Fertigstellung nach Mittelfreigabe erfolgt.

zu 8.13 Frau Dr. Brock zur Baumschutzkommission

Frau Dr. Brock fragte, wann die Baumschutzkommission zuletzt getagt hat.

Frau Ruhl-Herpertz sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.14 Frau Dr. Brock zu Blühflächen

Frau Dr. Brock fragte, welche Firma die Umsetzung des Beschlusses zu Blühflächen/ Blühstreifen durchführt und bat um Ausführung der angedachten Zeitschiene.

Herr Zwick antwortete, dass der Bauverein Halle Leuna die Arbeiten durchführt. Am Lutherplatz werden vier Blühstreifen, jeweils 50 bis 100 Quadratmeter, eingerichtet.

zu 8.15 Frau Dr. Brock zur Beesener Straße

Frau Dr. Brock sagte, dass die Baumscheiben zwischen der Kantstraße und der Robert-Koch-Straße Stadt auswärts leer stehen. Sie fragte, wann die Nachpflanzungen erfolgen.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.16 Herr Nette zum Weihnachtsmarkt

Herr Nette fragte, wann die Akteneinsicht zum Sicherheitskonzept des Weihnachtsmarktes vorgenommen werden kann.

Herr Teschner antwortete, dass über einen Termin schnellstmöglich informiert wird.

Herr Scholtyssek bat darum, den Termin allen Fraktionen bekanntzugeben.

zu 8.17 Herr Müller zur Herderstraße

Herr Müller fragte, ob es für die immer wiederkehrende Ablösung der kleinen Pflastersteine in der Herderstraße eine längerfristige Lösung gibt.

Herr Rebenstorf fragte, ob dies Bereiche sind, die von Fahrzeugen überfahren werden.

Herr Müller sagte, dass er dies nicht ausschließen kann.

Herr Rebenstorf sagte, dass das Kleinpflaster historisch ist und durch die Bauunterhaltung dauerhaft repariert wird.

zu 8.18 Herr Scholtyssek zum Umgang mit Wurzelwerk im öffentlichen Raum

Herr Scholtyssek sagte, dass es straßenbegleitende Bäume gibt, deren Wurzelwerk angrenzende Gebäude beschädigen. Er fragte, wie damit umgegangen wird.

Frau Ruhl-Herpertz bat um detaillierte Information, damit die entsprechenden Beschädigungen besichtigt werden und gegebenenfalls an den Kommunalen Schadenausgleich weitergeleitet werden können.

Herr Rebenstorf fragte, ob es sich um den Einzelfall in der Dessauer Straße handelt.

Herr Scholtyssek bejahte dies.

Herr Rebenstorf sagte, dass der Fall bekannt ist und geprüft wird.

zu 8.19 Herr Scholtyssek zur Ost-Tangente

Herr Scholtyssek fragte, warum die Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Ost-Tangente geändert wurde und welche aktuellen Begrenzungen gelten.

Herr Teschner antwortete, dass es keine Geschwindigkeitsänderung gab. Die innerstädtische Begrenzung von 50 km/h gilt.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Frau Krischok zum ITW

Frau Krischok bat um einen aktuellen Stand zum Intensivtransportwagen in der nächsten Ausschusssitzung.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.2 Frau Winkler zu Hol- und Bringezeiten

Frau Winkler fragte, ob es für die Hol- und Bringezeiten eine zeitliche Begrenzung des Parkverbotes gibt. Des Weiteren sagte sie, dass die Hol- und Bringezeiten in der Frohen Zukunft nicht mehr beschildert sind. Sie regte eine Prüfung an.

Herr Teschner antwortete, dass es eine zeitliche Beschränkung in den Morgenstunden geben wird. Diese gelte für die Grundschule Neumarkt und Albrecht Dürer. Weiterhin teilte er mit, dass die Beschilderung aufgrund der Verkehrssicherheit entfernt wurde. Eine Nachbeschilderung erfolgt bis zur 15. Kalenderwoche.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.3 Herr Müller zur Burg Giebichenstein

Herr Müller sagte, dass der Durchgang von der Seebener Straße zur Saale und zum Hintereingang der Oberburg Giebichenstein nur bis zum Eingang der Unterburg beleuchtet ist. Er regte eine weitere Beleuchtung des Durchganges an.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Scholtyssek beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Andreas Scholtyssek
Ausschussvorsitzender

Sarah Lange
stellvertretende Protokollführerin